

## E-2 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.05.2023

Tagesordnungspunkt: 3. Europa

### Antragstext

1 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

2 Nach Jahrhunderten der gewaltsamen Auseinandersetzungen, davon zwei Weltkriegen,  
3 ist mit der Europäischen Integration etwas gelungen, was einzigartig ist. Ein  
4 Versprechen sich hinter gemeinsamen Werten und Zielen zu vereinigen und Frieden,  
5 Freiheit, Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit auf unserem Kontinent zu  
6 etablieren und dafür einzustehen. Aus dem Verbund von 27 Staaten mit über 440  
7 Millionen Menschen entstand eine Gestaltungskraft, welche die der einzelnen  
8 Mitgliedsstaaten weit übertrifft. Gemeinsam sind wir stärker als allein. So ist  
9 es möglich, dem planetaren Ernstfall Klimaschutz und Artensterben zu begegnen  
10 und ökologische Verantwortung zu übernehmen. Die Europäische Union kann ihre  
11 Stärke nutzen, um weit über den Kontinent hinaus für Demokratie und  
12 Menschenrechte einzustehen und durch einen glaubhaften Einsatz für europäische  
13 Werte eine global wirksame, gesellschaftliche Vorbildfunktion einnehmen. Der  
14 Europäische Binnenmarkt entfaltet enorme Kräfte dabei, innovative Technologien  
15 zu entwickeln und damit die Transformation hin zu einer klimaneutralen  
16 Wirtschaft voranzutreiben – auch als erfolgreiches Beispiel für  
17 Wirtschaftsregionen auf anderen Kontinenten. Die Globalisierung hat vielen  
18 Menschen weltweit enorme wirtschaftliche Verbesserungen beschert, doch ihre  
19 Schattenseiten sind sowohl in der Pandemie als auch im Zuge des russischen  
20 Angriffskriegs deutlich zutage getreten. Eine vertiefte Europäische Integration  
21 ist die einzige Möglichkeit, diesen Herausforderungen zu begegnen. Wir müssen  
22 gemeinsam den Multilateralismus nach außen und nach innen verstärken, um  
23 zusammen unser vielfältiges Europa zukunftsfest zu machen. Europa ist für uns  
24 schon lange kein loses Projekt mehr, sondern fester Bestandteil unserer  
25 Lebensrealität.

26 Gerade für uns in Rheinland-Pfalz mit den Nachbarn Frankreich, Luxemburg und  
27 Belgien hat die europäische Zusammenarbeit besondere Bedeutung. Viele Menschen  
28 pendeln zur Arbeit in die angrenzenden Länder, pflegen Freundschaften, machen  
29 eine Ausbildung oder studieren, fahren in Urlaub oder zum Einkaufen in andere  
30 EU-Mitgliedsstaaten. Noch nie war all dies so einfach. Nach einer Zeit, in der  
31 Grenzkontrollen und Zoll, Geldwechseln, Visum, aufenthaltsrechtliche  
32 Fragestellungen an der Tagesordnung waren, sind Luxemburg, die Wallonie und das  
33 Elsass jetzt tatsächlich einfach nebenan.

34 Das europäische Klimagesetz unterstützt den Weg zur Klimaneutralität in  
35 Rheinland-Pfalz

36 Die Europäische Union will eine Vorreiterrolle im Bereich Klimaschutz und  
37 Energiewende spielen und alle Regionen bei diesen Herausforderungen in den Blick  
38 nehmen. Die Katastrophe im Ahrtal im Sommer 2021, das Waldsterben und die Dürren  
39 der letzten Jahre zeigen, dass auch wir in Rheinland-Pfalz deutlich von der  
40 Klimakrise betroffen sind. Dabei beträgt die Erhitzung bislang gerade einmal 1,2

41 Grad Celsius. Die 1,5-Grad-Grenze ist nichts Willkürliches, sondern absolut  
42 notwendig, um die schlimmsten Folgen abzuwenden und ein sicheres Leben weiter zu  
43 ermöglichen.

44 Wir wollen, dass das Gesetzespaket zur Umsetzung des Klimagesetzes, bekannt als  
45 „Fit for 55“, starke Rahmenbedingungen für die Transformation hin zu  
46 Klimaneutralität in allen Regionen schafft. Die Reform des EU-  
47 Emissionshandelssystem wird alle Sektoren einbinden und besonders den Sektoren  
48 Verkehr, Gebäude und Brenn- und Kraftstoffe einen klaren Korridor hin zur  
49 Klimaneutralität geben. Für Rheinland-Pfalz als sehr kleinteilig strukturiertes  
50 Land stellt die Mobilitätswende eine große Aufgabe dar. Es geht um mehr als eine  
51 reine Antriebswende. Mobilität muss vernetzt gedacht werden, wir müssen  
52 Bahnstreckenreaktivierungen vorantreiben, Ergänzungen zum ÖPNV schaffen und  
53 sichere und effiziente Radwegenetze etablieren.

54 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Rheinland-Pfalz eine entscheidende Rolle in  
55 der Dekarbonisierung der Industrie in Deutschland und in Europa einnimmt.  
56 Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas und kann somit ein Ankerpunkt für die  
57 Transformation unseres Industrie- und Energiesystems sein – besonders bei einer  
58 europäischen Wasserstoffstrategie. Unser Land hat zwölf Binnenhäfen und wird  
59 somit auf Wasserstoff als Treibstoff angewiesen sein.

60 Für uns ist eine dezentrale Energieversorgung durch erneuerbare Energien die  
61 Strategie für mehr Energiesicherheit und Wertschöpfung vor Ort. Zentrale  
62 Energieerzeugung durch Großkraftwerke und die Abhängigkeit von Rohstoffimporten  
63 hat uns für Störfälle anfällig und politisch erpressbar gemacht. Mit unserer  
64 geographischen Lage und wirtschaftlichen Vernetzung sind wir eine ideale Region  
65 für das Vorantreiben einer erneuerbaren Energieunion.

66 Wir ermutigen und unterstützen Kommunen dabei, ihre Flächen für erneuerbare  
67 Energien, Windanlagen oder Freiflächen-PV, zu nutzen. Die auf europäischer Ebene  
68 beschlossenen Verordnungen zur Planungsbeschleunigung ermöglichen die Straffung  
69 von Verfahren und treiben insbesondere das Repowering voran. Auch die gestärkten  
70 Ziele für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz geben uns Rückenwind für  
71 unsere eigenen Ambitionen.

72 Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, dass die Europäische Union aus der  
73 Atomkraft aussteigt. Wir fordern die Bundesregierung auf, mit unseren Nachbarn  
74 Frankreich und Belgien Gespräch zu suchen, mit dem Ziel die Nutzung der  
75 Atomkraft zu beenden. Solange die Kraftwerke laufen, müssen höchste  
76 Sicherheitsstandards gelten. Die 2022 in etlichen französischen AKW entdeckten  
77 Korrosionsschäden sind für uns Anlass zu großer Besorgnis. Auch die Tatsache,  
78 dass nur in Finnland die Endlagerung abschließend gelöst ist, sollte alle  
79 europäischen Bürger\*innen beunruhigen. Wir fordern außerdem, den aus der Zeit  
80 gefallenen EURATOM-Vertrag endlich abzuschaffen. Statt Geld in Atomforschung zu  
81 investieren, müssen wir uns auf den Ausbau der Erneuerbaren und den Umbau  
82 unserer Energieversorgung konzentrieren. Deshalb werden wir uns auf europäischer  
83 Ebene energisch gegen den Einsatz von EU-Geldern für den Bau neuer  
84 Atomkraftwerke einsetzen.

85 Mit europäischen Vorgaben die Umwelt und Naturschutz in Rheinland-Pfalz  
86 unterstützen

87 Das Artensterben und der damit verbundene Verlust unseres biologischen  
88 Sicherheitsnetzes ist eine stille und schleichende Bedrohung. Wir brauchen eine  
89 starke EU-Gesetzgebung, die uns hilft, unsere Wälder und Moore zu renaturieren.  
90 Zudem bedarf es einer vorausschauenden Politik, die waldreiche Regionen wie  
91 Rheinland-Pfalz in Zeiten der Trockenheit und Dürre aufgrund der Klimakrise  
92 ausreichend unterstützt. Wir sind Teil der Grünen Lunge Europas.

93 Mit dem EU-Renaturierungsgesetz setzen wir uns für die Wiederherstellung  
94 zerstörter Lebensräume ein. Als größtes Naturschutzgesetz der letzten Jahrzehnte  
95 wirken wir damit gegen den Rückgang der Arten, die durch die fortschreitende  
96 Klimakrise und Flächenkonkurrenz durch Urbanisierung und intensive  
97 landwirtschaftliche Nutzung immer mehr Lebensräume verlieren. Mindestens 30 %  
98 der Landflächen und Seegebiete sollen geschützt und eine verpflichtende  
99 Biotopvernetzung umgesetzt werden.

100 Wir setzen uns weiterhin für den besonderen Schutzstatus des Wolfes und des  
101 Luchses ein. Ein grenzüberschreitender Austausch auch auf kommunaler Ebene zur  
102 Verbesserung des Wolfmanagements hat für uns Priorität. Der rheinland-  
103 pfälzischen Wolfsmanagementplan hat das Ziel, Tierhaltung und Wolfspopulation in  
104 Einklang zu bringen.

105 Unsere Flüsse, Seen und Grundgewässer sind unverzichtbar als Quelle des Lebens  
106 für Pflanzen, Tiere und Menschen, für Wälder, Wiesen und Äcker. Die Klimakrise  
107 und die immer härteren Dürreperioden schränken den Zugang zu Wasser enorm ein.  
108 Wir müssen den Zugang zu sauberem Wasser gewährleisten und setzen uns für die  
109 konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie ein. Die schockierende Zahl  
110 von mehr als 17.000 Altlasten in Europa, auch bei uns in Rheinland-Pfalz, mit  
111 den giftigen und hormonwirksamen PFAS, sogenannten „Ewigkeitschemikalien“  
112 zeigt, dass eine Reform der Chemikalienverordnung REACH dringend benötigt wird.

113 Kommunale Versorgung: europäisch und dezentral

114 Die Starkregenkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 und der darauffolgende  
115 Wiederaufbau zeigen uns die vielen Schwächen im geltenden EU-Vergaberecht. Das  
116 Vergaberecht muss ökologischer, nachhaltiger und vor allem krisenresilienter  
117 umgestaltet werden. Wir wollen, dass Kommunen ausreichend Gestaltungsspielraum  
118 haben, sich den Folgen der Klimakrise anzupassen. Außerdem soll das  
119 Wettbewerbsrecht ökologischen Kriterien nicht widerlaufen.

120 Bäuerliche Landwirtschaft und Weinbau auf europäischer Ebene berücksichtigen

121 Rheinland-Pfalz ist das Land der Reben und Rüben. Sechs der 13 deutschen  
122 Weinanbaugebiete liegen in Rheinland-Pfalz. Landwirtschaft und Weinbau sind hier  
123 noch überwiegend kleinteilig strukturiert. Diese Familienbetriebe wollen wir als  
124 Grundlage der Agrarwende erhalten. Ernährungssicherheit gibt es nur mit  
125 biologischer Vielfalt. Gesunde Ökosysteme sind die Voraussetzung für sauberes  
126 Wasser und fruchtbare Böden. Deshalb gilt es, unsere Betriebe für den Erhalt  
127 dieser Ökosystemleistungen zu bezahlen, statt unspezifisch Flächenprämien  
128 auszuschütten. Um mit der Erzeugung von gesunden und umweltverträglichen  
129 Lebensmitteln ein gutes Auskommen für die Produzierenden zu erreichen, setzen  
130 wir auf regionale Absatzmärkte.

131 Wir unterstützen die für die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Montreal  
132 notwendigen Pestizidreduktionsziele der EU und setzen weiter auf die Erforschung  
133 und Etablierung integrierter Pflanzenschutzmethoden. Dazu wollen wir den Dialog

134 mit den Landwirt\*innen und Winzer\*innen aktiv führen, um im gemeinsamen  
135 Zusammenschluss Artenvielfalt sichern, Ernährungssicherheit gewährleisten und  
136 Kleinbäuerliche Betriebe unterstützen zu können.

137 Einheitliche europäische Standards sind uns wichtig. Versorgungssicherheit muss  
138 europäisch gedacht werden, Standards für Klima- und Umweltverträglichkeit,  
139 Tierschutz und Arbeitsbedingungen global. Sie müssen in der Erstellung von  
140 internationalen Verträgen und Handelsabkommen verpflichtend berücksichtigt  
141 werden.

142 Demokratisches Miteinander und Rechtsstaatlichkeit in Europa und vor Ort

143 Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir kämpfen in jedem Rat und in jedem  
144 Parlament gegen Ideologien des autoritären Nationalismus von rechts. Die  
145 kommunale Ratsarbeit, die meistens auf Ehrenamt basiert, schützen wir vor Hass  
146 und Hetze und von Verschwörungsideologien. Wir unterstützen ebenso solidarisch  
147 alle Aktiven in der Zivilgesellschaft, die sich für ein gemeinsames und  
148 demokratisches Europa einbringen.

149 Wir informieren die Bürger\*innen über die Erfolge in allen Bereichen auf EU-  
150 Ebene und nehmen sie zu mehr Beteiligung mit. Korruption und Verstöße gegen  
151 europäisches Recht machen wir publik und setzen uns für deren Bekämpfung ein.  
152 Wir stehen hinter Vertragsverletzungsverfahren, insbesondere in Umwelt-,  
153 Rechtsstaats- und Menschenrechtsfragen.

154 Wir wollen ein Europa der Kommunen und Regionen, in dem die europäische  
155 Zusammenarbeit mit den Kommunen und Regionen vor Ort gestärkt wird, die  
156 europäische Vielfalt sichtbar und erlebbar wird. Wir setzen auf Austausch durch  
157 Städtepartnerschaften innerhalb der EU, aber auch darüber hinaus, etwa mit  
158 Städten in der Ukraine

159 Für eine humane, solidarische und geordnete Asylpolitik in Europa

160 Der Umgang mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine, mit der größten  
161 Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, macht es deutlich: wenn die  
162 EU-Mitgliedstaaten, ihre Regionen und Kommunen solidarisch zusammenarbeiten,  
163 dann finden sie gemeinsame Wege. Rheinland-Pfalz hat gemeinsam mit seinen  
164 europäischen Partnern und im engen Schulterschluss zwischen Land und Kommunen,  
165 eine große Anzahl an Menschen aus der Ukraine unterstützt.

166 Andererseits zeigt der Tod von über 25.000 Menschen, die auf der Flucht im  
167 Mittelmeer wegen unterlassener Hilfeleistung seit 2016 ertrunken sind, dass eine  
168 Reform des EU-Asylsystems dringend notwendig ist. Es ist unsere Solidarität  
169 miteinander, die unsere Handlungsfähigkeit auch hier sichern kann. Wir dürfen  
170 die Staaten an der Außengrenze nicht allein lassen, weder mit den Geflüchteten,  
171 die Anspruch auf Asyl haben, noch mit den Menschen, die zurückgeführt werden  
172 müssen.

173 Der Druck auf die Außengrenzen sowie auf die Aufnahmekapazitäten kann verringert  
174 werden, indem die EU die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern  
175 verstärkt – u.a. mit Migrationspartnerschaften. Bereits jetzt unterstützt die EU  
176 die freiwillige Rückkehr, die in Rheinland-Pfalz gut genutzt wird, finanziell.  
177 Darauf wollen wir aufbauen.

178 Wir brauchen dringend eine verbindliche und faire Verteilung der Geflüchteten in  
179 der EU, das ist die Grundlage für die Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren  
180 und eine frühzeitige Integration.

181 Um irreguläre Migration einzuschränken, müssen reguläre und sichere  
182 Migrationswege geschaffen werden. Wir brauchen ebenso dringend eine bessere  
183 Fachkräftezuwanderungspolitik, die den Anforderungen des europäischen  
184 Arbeitsmarktes entspricht. Hier müssen die Verfahren unbedingt beschleunigt  
185 werden. Damit begegnen wir auch dem Fach- und Arbeitskräftemangel in  
186 Deutschland, der im letzten Jahr ein neues Allzeithoch erreicht hat – allein in  
187 Rheinland-Pfalz gab es 45.800 unbesetzte Stellen. Wir setzen uns auch für die  
188 Einsetzung einer von der EU koordinierten staatlichen Seenotrettungsmission ein.  
189 Außerdem muss zivile Seenotrettung endlich entkriminalisiert werden.

#### 190 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

191 Wir setzen uns dafür ein, dass der kulturelle und schulische Austausch zwischen  
192 Schulen, Hochschulen sowie bi- und multinationalen Kitas, ausgebaut wird. Auch  
193 den außerschulischen, selbstorganisierten Jugendaustausch von jungen Menschen  
194 z.B. in Jugend- und Sportverbänden wollen wir weiter stärken. Unser Ziel ist es,  
195 dass jeder junge Mensch in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit bekommt, an einer  
196 europäischen Jugendbegegnung teilzunehmen. Ebenso wollen wir Begegnungsorte für  
197 ältere Menschen in Sprachtandems und -cafés ausbauen. Eine solide europäische  
198 Gemeinschaft startet vor Ort mit dem Miteinander der Regionen und der Menschen.  
199 Sprache verbindet. Wir wollen außerdem den Erhalt von regionalen Dialekten der  
200 Grenzregionen stärken.

#### 201 Wirtschaftliche Zusammenarbeit

202 Wir GRÜNE stehen für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren  
203 Nachbarregionen, um insbesondere strukturschwachen Regionen grenzüberschreitend  
204 einzubinden, und sie zu selbstbewussten Akteurinnen in der Umsetzung des  
205 Europäischen Green Deals zu machen.

206 Dafür werden wir uns für den Ausbau des Europäischen Fonds für Regionale  
207 Entwicklung (ERDF), des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen  
208 Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) auf EU-  
209 Ebene einsetzen. Die PV-Anlage auf der Schreinerei, das Tagungshaus auf dem  
210 Bauernhof und der Neubau der Kita im Ort, solche Projekte profitieren allesamt  
211 von diesen Fonds.

212 Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich das enorme Potenzial für den  
213 Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz in den Bereichen Biotechnologie und Life  
214 Sciences gezeigt. Ebenso im Bereich Künstliche Intelligenz können wir auf  
215 innovative, marktführende Unternehmen und exzellente Forschung im Land blicken.  
216 Gleichzeitig nimmt die Chemie-Industrie weiterhin einen hohen Stellenwert in  
217 Rheinland-Pfalz ein. Wir GRÜNE wollen den europäischen Wirtschaftsraum nutzen,  
218 um unsere wirtschaftlichen Zukunftssektoren genauso wie Schlüssel-Industrien im  
219 Land zu stärken und auszubauen sowie die klimaneutrale Transformation zu  
220 fördern. Dazu machen wir uns auf europäischer Ebene für Verbundprojekte im  
221 Bereich Forschung und Entwicklung an rheinland-pfälzischen Standorten stark  
222 sowie für die Vernetzung europäischer Akteure mit rheinland-pfälzischer  
223 Wirtschaft und Wissenschaft.

224 Ebenso bei der Bewältigung des akuten Fachkräftemangels können wir in Rheinland-  
225 Pfalz vom Europäischen Binnenmarkt profitieren. Dazu wollen wir die  
226 Arbeitnehmer\*innen-Freizügigkeit weiter stärken und EU-Beratungsstellen für  
227 Arbeitnehmer\*innen ausbauen. Besonders in den Grenzregionen im Land wollen wir  
228 bürokratische Hürden für Pendler\*innen abbauen. Ebenso unterstützen wir im Land  
229 die Umsetzung des novellierten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, sodass mehr  
230 Fachkräfte über die Blaue Karte der EU sich ansiedeln können. Darüber hinaus  
231 wollen wir mit Standortinitiativen und Werbekampagnen Rheinland-Pfalz als  
232 Arbeits- und Wohnort für EU-Bürger:innen attraktiv darstellen.

233 Die Zukunft des europäischen Industriestandorts liegt in Schlüsseltechnologien  
234 zur Dekarbonisierung und Erreichung der Klimaneutralität. Der amerikanische  
235 Inflation Reduction Act hat die Messlatte für grüne Investitionen hoch gelegt,  
236 wir begrüßen daher die europäische Initiative des Net-Zero Industry Acts. In  
237 Rheinland-Pfalz wollen wir gute Voraussetzungen für die Forschung, Gründung und  
238 Skalierung von Klimatechnologien bieten. Die zukünftige Wertschöpfung und der  
239 Wohlstand Europas sind GRÜN.

#### 240 Mobilität

241 Ein Schlüssel des Friedensprojektes Europa ist die Personenverkehrsfreiheit, mit  
242 der starre Grenzen der Vergangenheit angehören. Wir setzen uns dafür ein, dass  
243 die Freizügigkeit des Schengenraums für alle EU-Bürgerinnen gewährleistet ist.

244 Wir setzen uns dafür ein, dass die Mobilität von Bürger\*innen, sowie der  
245 Güterverkehr als fester Bestandteil unserer Wertschöpfungsketten nachhaltig und  
246 klimaneutral werden.

247 Besonders für innereuropäische Erholungs- und Geschäftsreisen wollen wir die  
248 Bahnverbindungen tags und nachts ausbauen. Auch eine europäische  
249 Buchungsplattform ist überfällig, um Fernreisen per klimafreundlichem  
250 Öffentlichem Verkehr zu ermöglichen. Nur so sind Flugreisen innerhalb Europas  
251 massiv zu reduzieren. Als Teil der Großregion setzten wir uns für den Ausbau der  
252 Nahmobilität in Grenzregionen ein und wollen eine Anschlussgarantie im  
253 europäischen Zugverkehr. Der energieeffiziente Transport per Binnenschiff muss  
254 zukunftsfest gemacht werden. Dafür braucht es zum einen eine Antriebswende hin  
255 zu batterieelektrischen und Wasserstoffschiffen, zum anderen die Anpassung der  
256 Schiffe an immer häufiger auftretende Niedrigwasserstände. Denn der irreversible  
257 Rückgang der Alpengletscher wird sich massiv auf die Rheinpegelstände im Sommer  
258 auswirken.

259 Europa ist für uns GRÜNE ein zentrales Anliegen. In unseren lebendigen  
260 Grenzregionen tragen wir Europa im Herzen. Wir sind uns einig: kein Zurück ins  
261 nationale Schneckenhaus. Als Rheinland-Pfälzer\*innen denken und handeln wir  
262 europäisch und vernetzt.

263 Bei der anstehenden Europawahl kämpfen wir für Demokratie und  
264 Rechtsstaatlichkeit in Europa, für Frieden und soziale Gerechtigkeit und  
265 Mehrheiten, um der Klimakrise entschlossen entgegenzutreten. Gekoppelt mit der  
266 Kommunalwahl haben wir die Chance, die Vision der „europäischen Kommune“ zu  
267 skizzieren und deutlich zu machen, dass den globalen Problemen nur mit lokalen  
268 GRÜNEN Lösungen vor Ort begegnet werden kann.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **Unterstützer\*innen**

Fabian Ehmann (KV Mainz); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Dr. Lea Heidbreder (KV Landau); Jutta Paulus (KV Neustadt/Wstr.); Marius Schlageter (KV Ludwigshafen); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich)